

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/12

Bonn, den 20. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|------------------------|---------------|
| 1 | <u>Gesprächsbeginn</u> | 51 |

Nach der Pressekonferenz Walter Ulbrichts
Zum Brief Willy Brandts an Willi Stoph

| | | |
|-------|--------------------------------------|----|
| 2 - 3 | <u>Gemeinsamkeit - aber mit wem?</u> | 79 |
|-------|--------------------------------------|----|

Fragen an die Unionsparteien

| | | |
|-------|---|----|
| 4 - 5 | <u>Neue Studentenunruhen in Belgrad</u> | 69 |
|-------|---|----|

Jugoslawische APO sympathisiert mit Moskau

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wir müssen immer wieder alle angehen
Edu-Präsident beim Bundeskanzler
Gespräch mit Polen überfällig
Verhandlungen mit Polen auf Basis der Gleichberechtigung
Vorbildliche Arbeit des Gesamtdeutschen Instituts
Vor Schnüppelei in der LAG-Novellierung gewarnt
1970 wird LAG-Vermögen neu geschätzt
Bericht über vertriebene und geflüchtete Bauern

Gesprächsbeginn

Nach der Pressekonferenz Walter Ulbrichts

Zum Brief Willy Brandts an Willi Stoph

et - Mit dem Brief, den Bundeskanzler Willy Brandt an den DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph schreibt, wird auf jeden Fall ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik aufgeschlagen. Was schließlich auf diesem Blatt zu lesen sein wird, das ist eine Frage, die heute schon jene zutiefst bewegen muß, denen nicht nur die Lösung des deutschen Problems, sondern auch der Erfolg der Bemühungen um Entspannung und Frieden in Europa tatsächlich ein vor Hirn und Herz gleichermaßen bewegtes Anliegen ist.

Manche Kommentare zur Pressekonferenz Walter Ulbrichts drängen die Erwägung geradezu auf, daß der Sprecher oder Schreiber übersehen hat oder vergessen machen will, in welchem Jahr wir leben und was sich in der jüngsten Vergangenheit, aus wessen Versäumnis oder Verschulden auch immer, an realen Fakten hat und geworden ist, die eine nun allerdings recht raue Wirklichkeit entstehen ließen. Mit ihr müssen wir leben und mit ihr müssen wir auch fertig werden.

Wer sich 1970, zu Beginn des Gesprächs zwischen BRD und DDR, in den Wunschträumen der 50er Jahre verliert oder aus ihnen gar nicht herauskommen will, der ist ein schlechter Sachverwalter der Interessen der Bundesrepublik und des deutschen Volkes. Es soll keiner glauben, daß er sich aus einer so selbstgewählten oder selbstverschuldeten Position herauschlagen oder herausmogeln kann.

Es wird nicht leicht sein, aus einem Gesprächsbeginn, wie er sich jetzt mit dem Brandt-Brief an Stoph abzeichnet, zu wirklichen Gesprächen und dann Verhandlungen zu gelangen. Walter Ulbricht hat mit der erneuten überscharfen Konturierung seiner politischen Ansichten und Vorstellungen gezeigt, daß er entschlossen ist, sein Hauptanliegen, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD, auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Er hat aber ungeachtet dessen grünes Licht für Gespräche und Verhandlungen gegeben, die auf der Basis der heutigen Verhältnisse begonnen und fortgesetzt werden können. Dieser Klarstellung nach außen und auch nach innen hat es sicher auch der Autorität des greisen Politikers selbst bedurft.

Diesen Kernpunkt wird man daher auch ins Auge fassen müssen, wenn man fragt, warum die internationale Pressekonferenz in Ostberlin stattgefunden hat. Die Leidenschaftlichkeit, mit der der 76jährige manche Punkte und Probleme behandelt hat, beweist nur erneut, daß natürlich auch er gezwungen ist, sich den nun einmal gegebenen Sachzwängen und Machtverhältnissen anzupassen, an denen kein Staat in Europa vorbei kann. Daß Walter Ulbricht und seine Leute überharte Gesprächs- und Verhandlungspartner sein werden, das sollte nun wirklich keinen schrecken. Man muß nur wissen, was man will, und man muß wissen, daß Politik weder eine Sache an sich, sondern aufs engste mit wirtschaftlichen Gegebenheiten verbunden ist, noch im luftleeren Raum betrieben werden kann.

+ + +

Gemeinsamkeit - aber mit wem?

Fragen an die Unionsparteien

sp - Die im Anschluß an die Parlamentsdebatte zum "Bericht über die Lage der Nation" im gespaltenen Deutschland von der politisch bewußten Öffentlichkeit oft gestellten Frage, ob es noch eine Gemeinsamkeit zwischen den von der SPD und FDP getragenen Bundesregierung und der von den Unionsparteien gestellten Opposition über die zu verfolgende Deutschland- und Ostpolitik gibt, läßt sich leicht beantworten. Die Tatsachen sprechen für sich selbst.

Eine der Tatsachen ist: Die SPD und die FDP sind sich über den einzuschlagenden Wegeinig und sie sind fest und unbeirrbar entschlossen, ihn auch zu beschreiten. Bei ihnen gibt es keine Differenzen, keinen Streit und keine Heckenschützen. Es gibt dabei für sie keine Illusionen und keine Flucht nach vorn. Sie stehen auf solidem Boden. Sie haben anvisierte Ziele vor sich. Der Bundeskanzler hat sie in seiner Erklärung über die Lage der Nation umschrieben. Daran gibt es keinen Zweifel und kein Deuteln. Gerade die Resonanz, die diese in Freimut und Offenheit geführte Debatte in weiten Schichten unseres Volkes gefunden hat, muß die Regierung Brandt/Scheel in ihren Bemühungen bestärken, den Frieden zwischen beiden Teilen Deutschlands und zwischen dem deutschen Volk und seinen östlichen Nachbarn sicherer zu machen. Sie weiß sich dabei in Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten, den Garanten unserer Sicherheit. Von dort kommen viele Zusprüche der Ermunterung. Kein Zweifel über Ehrlichkeit des Willens der Bundesregierung ist hier zu spüren. Dies zählt zu den wichtigsten Realitäten deutscher Politik zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Die Unionsparteien befinden sich in keiner beneidenswerten Lage. Ihre Diskussionsbeiträge zum "Bericht über die Lage der Nation" enthüllten eine innere Verfassung, die jeden Demokraten mit Sorge um die Weiterentwicklung dieser Parteien und deren Funktionsfähigkeit erfüllen muß.

Zwischen einem K i e s i n g e r, dem früheren Bundeskanzler und einem Professor Friedrich Richard von W e i z ä c k e r bestehen in der Deutschlandfrage weitgehende Auffassungsunterschiede. Noch größer ist die Kluft zwischen einem Franz Josef S t r a u ß, dem Vorsitzenden der CSU, und dem Vorsitzenden der Schwesterpartei, der CDU. Strauß glaubt nicht mehr an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates (so in seinem Buch: "Herausforderung und Antwort" Seite 143), während Kiesinger gerade der Regierung zum Vorwurf machte, daß sie nicht mit Eifer und Beharrlichkeit die Ein-

heit der Deutschen in einem Nationalstaat als unmittelbares Ziel proklamiere.

Ungefähr drei Richtungen innerhalb der Unionsparteien ringen untereinander und gegeneinander und lassen einen gemeinsamen Willen und eine gemeinsame Zielsetzung nicht erkennen. Das ist ihre Schwäche, darüber kommen sie nicht hinweg. Die eine möchte an der Deutschlandpolitik der Großen Koalition im Großen und Ganzen festhalten, die andere möchte darüber hinausgehen und die dritte, die reaktionärste Richtung, möchte sich am liebsten wieder in den Positionen der fünfziger Jahre vergraben. Sie kann mit Bundesgenossen im anderen Teil Deutschlands rechnen. Doch die Geschichte kennt keine Rückkehr.

Mit welchen dieser Richtungen soll es eine Gemeinsamkeit der Bundesregierung in den großen Fragen der Nation geben? Die Unionsparteien sprechen heute mit vielen Zungen; gut ist es, dies in Rechnung zu stellen. Sie, die C-Parteien, müssen erst mit sich selbst ins Reine kommen, ehe sie den Anspruch erheben können, als Gegengewicht zur Regierung Brandt/Scheel bewertet zu werden. Sie müssen sich erst einem Prozeß der inneren Klärung unterziehen, ehe sie wieder politische Stoßkraft erlangen. Dies ist ein Prozeß, der wohl lange Zeit beansprucht. Inzwischen gilt es Politik zu machen und die Lebensinteressen unseres Volkes in rasch sich ändernden Zeiten zu wahren. Die neue Bundesregierung wird sich daran nicht hindern lassen. Sie hat Führungswillen und auch die Stärke, ihn durchzusetzen. Die große Mehrheit unseres Volkes weiß dies zu würdigen.

"Die deutsche Regierung sucht auf jede praktische Weise die Spannungen abzubauen, die die deutsche Frage zu der gefährlichsten des Kalten Krieges gemacht haben. ... wenn die Ost-West-Beziehungen auf einen mehr normalen Stand zurückgebracht werden sollen, dann muß Deutschland in diesem Prozeß ganz offensichtlich eine wesentliche Rolle spielen. Die derzeitige deutsche Regierung unternimmt gegenwärtig einen Versuch, dies in Konsultation und mit Unterstützung ihrer Verbündeten, unter ihnen natürlich auch die Vereinigten Staaten, zu tun."

William P. Rogers, Außenminister der USA am 15. Januar 1970 in einer Rede vor Zeitungs- und Rundfunkredakteuren.

+ + +

Neue Studentenunruhen in Belgrad

Jugoslawische APO sympathisiert mit Moskau

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In der jugoslawischen Hauptstadt ist es zu neuen Studentenunruhen gekommen. Tausende Studenten verbarrikadierten sich in ihrer Wohnstadt am linken Ufer der Sawa, um unter anderem für ein billigeres Mensaessen zu demonstrieren. Ein vorher ergangener Beschluß, die staatlichen Zuwendungen für die Studentenverpflegung einzustellen, wurde daraufhin zwar aufgehoben, aber damit ist noch keines der echten Probleme, die zwischen den jugoslawischen Studenten und der Gesellschaft bestehen, gelöst worden.

Nachdem seit den großen Studentenunruhen im Juni 1968 relativer Friede an den Universitäten oder zumindest auf den Straßen geherrscht hatte, weil sich die Studenten auf ein von Tito persönlich gegebenes Versprechen, demzufolge nicht nur ihr eigenes Leben, sondern die ganze soziale Ordnung Jugoslawiens geändert werden sollte, verließen, ist es in letzter Zeit zu mehreren schweren Angriffen auf die heilige Ordnung des kommunistischen Staates gekommen. Westlichen Vorbildern folgend drangen studentische Gruppen unbefugt in Universitätsgebäude ein, zerstörten Türschlösser und andere Einrichtungen, warfen Knallkörper und schlugen andersdenkende Kommilitonen zusammen. Eine Generalversammlung des "Bundes der Studenten" Belgrads konnte viermal nacheinander nicht zu Ende geführt werden, weil Anhänger der jugoslawischen APO ihre Gegner am Reden hinderten und dadurch den Versuch der Partei vereitelten, die Redaktion der Zeitung "Student" auszuwechseln.

Tatsächlich ist die Redaktion des "Student" bereits seit Anfang 1968 zum Sammelpunkt aller oppositionellen Elemente an der Universität geworden. Die Parteipresse gibt sich große Mühe, diese Opposition gelegentlich als von der westlichen Reaktion beeinflusst darzustellen, doch daß die jugoslawische APO ihr Gedankengut eher von den Kreisen um Marcuse und von anderen Vertretern der sogenannten "Neuen Linken" bezieht, ergibt sich schon aus der Lektüre der erwähnten Zeitung.

So versuchte die Redaktion des "Student" unmittelbar nach der sowjetischen Okkupation der CSSR, ausgerechnet jene Opfer zu rehabilitieren, die 1948 als Anhänger Moskaus von den Titoisten in Gefängnisse geworfen worden waren. Als im letzten Jahr ein Drama mit ähnlicher Ten-

denz auf der Bühne des Belgrader Dramentheaters gezeigt werden sollte, setzte sich der "Student" abermals vehement gegen die Absetzung dieses prosowjetischen Stückes vom Spielplan ein. In einer besonderen Rubrik, die den Titel "So leben die Arbeiter" trägt, werden regelmäßig Schilderungen über soziale Ungerechtigkeiten veröffentlicht. Obgleich sich der "Student" zeitweise als Blatt der gesamten jugoslawischen Studentenschaft sehen wollte, kam es jetzt auch noch zu einer Veröffentlichung von Auszügen aus einem Buch, das bereits im Jahre 1923 erschienen ist und in dem der serbische Parteisekretär Sime Marković einen Standpunkt vertrat, der letztlich auf die Errichtung einer serbischen Herrschaft über die anderen Völker Jugoslawiens hinauslief. Die Wiederholung dieses Standpunktes, der bereits im Mai 1923 auf einer Landeskongress der jugoslawischen Kommunisten im Wiener Exil abgelehnt worden war, zielt mittelbar auf die von Tito immer wieder proklamierte Einheit und Brüderlichkeit unter den verschiedenen südslawischen Völkern ab.

Wenn auch sich die Belgrader Studenten eher von der Vergangenheit als von der Zukunft, eher von Mao als von Marx und eher von ihren eigenen Lebensinteressen als von den Bedürfnissen der jugoslawischen Gesellschaft nach sozialrevolutionären Veränderungen antreiben lassen, ähnelt ihre Opposition in vielen Punkten den Moskauer Angriffen gegen die jugoslawischen Revisionisten; wenn diese APO nun auch noch versucht, Serbien von den anderen Landesteilen zu entfremden, dann bleibt der jugoslawischen Partei gar nichts anderes mehr übrig, als hinter den Demonstrationen die sowjetische Hand zu vermuten.

Die Partei ist daher dazu entschlossen, die Opposition nun nicht mehr mit Handschuhen anzufassen, denn wie es auf eilig einberufenen Parteiversammlungen der kulturellen Intelligenz Belgrads hieß, "wir können kein Ballett tanzen, wenn die anderen Rugby spielen wollen".

Als erste Maßnahme wollen die Kommunisten nun den Ausschluß aller jener Personen von den Beschlüssen des Studentenbundes durchsetzen, die keine gewählten Delegierten sind, denn unter dem Druck des Saales will man nicht mehr verhandeln. Belgrader Beobachter sind allerdings der Meinung, daß der Versuch, die Vertreter der studentischen Opposition von den Diskussionen in den Sälen auszuschließen, in einer Verlagerung der Demonstrationen auf die offene Straße resultieren wird.